



ROTE POST

Nr. 64

Mai 2023

SCHWERPUNKT

6

GRÜNDUNGSERKLÄRUNG
DES ROTEN BUNDES

SCHWERPUNKT

8

INTERVIEW MIT DEM
ROTEN BUND

BREMEN

16

HEILMITTEL
VIER-TAGE-WOCHE?

HAMBURG

14

ALTE UND NEUE TAKTIKEN
DER HAMBURGER POLIZEI

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

NEUES ZENTRUM ZUR
AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

AUSFÄLLE UND VERSPÄTUNG
BEI DER RHEINTALBAHN

BERLIN

22

UNSERE VIERTEL SIND
KEINE LUMPENGHETTOS

INHALT

- 4 BILD DES MONATS**
- 6 SCHWERPUNKT**
- 8 SCHWERPUNKT**
- 14 HAMBURG**

- 16 BREMEN**
- 18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

- 20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

- 22 BERLIN / KULTUR**

1. MAI IN BREMERHAVEN
GRÜNDUNGSERKLÄRUNG DES ROTEN BUNDES
INTERVIEW MIT DEM ROTEN BUND
GEWALT, SCHIKANE UND AUFRÜSTUNG –
ALTE UND NEUE TAKTIKEN
DER HAMBURGER POLIZEI
HEILMITTEL VIER-TAGE-WOCHE?
NEUES ZENTRUM ZUR
AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN ESSEN
AUSFÄLLE UND VERSPÄTUNG BEI DER
RHEINTALBAHN
UNSERE VIERTEL SIND KEINE
LUMPENGHETTOS – FILMKRITIK ZU
„SONNE UND BETON“

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt ein erfolgreicher und kämpferischer 1. Mai – der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. Weltweit waren wieder Millionen und Abermillionen auf den Straßen, bewaffnet mit ihrem Klassenhass auf den sterbenden Imperialismus und für die Revolution einstehend. Dieser 1. Mai war der erste, der nach der Gründung des Internationalen Kommunistischen Bundes (IKB) begangen wurde. In einer Vielzahl von Ländern wurde an diesem 1. Mai – wortwörtlich – die Fahne des IKB erhoben und seine Strahlkraft und die Bedeutung seiner Gründung noch einmal deutlich. In seiner Erklärung zum 1. Mai schrieb der IKB:

„In einem internationalen Panorama, das durch eine revolutionäre Situation in zunehmender Entwicklung gekennzeichnet ist, inmitten des beschleunigten Prozesses des Untergangs des Imperialismus, befinden wir uns in einem guten Zustand. An diesem 1. Mai werden wir freudig marschieren und allen Herausforderungen mit absoluter Entschlossenheit trotzen, um die Mauern der alten Gesellschaft zu zertrümmern, wohl wissend, dass sie dazu verurteilt ist, durch die Kraft der von den Kommunistischen Parteien geführten Massen zu verschwinden. Wir wissen, dass zu kämpfen wagen bedeutet, es zu wagen zu siegen. Deshalb, wie es in unserer Hymne heißt, Völker hört die Signale, auf zum letzten Gefecht.“

Eine Vielzahl von Berichten über den 1. Mai auf der ganzen Welt sind in englischer und spanischer Sprache auf der Website redherald.org zu finden.

Aber auch in der BRD gab es an diesem 1. Mai etwas besonderes zu feiern. So gab der ROTE BUND offiziell seine Gründung bekannt und feierte diese gebührend mit der Begehung des 1. Mai. In zehn Städten nahmen Aktivisten und Unterstützer des Roten Bundes an Demonstrationen und Kundgebungen teil und in vielen davon wehte bereits die Fahne des neugegründeten Roten Bundes, in Bremerhaven organisierten Aktivisten sogar eine eigene Demonstration durch ein Arbeiterviertel. In tausenden Exemplaren wurde die Gründungserklärung des Roten Bundes verteilt. In den folgenden Wochen führte der Rote Bund Veranstaltungen in acht Städten im ganzen Land durch: Berlin, Bremen, Bremerhaven, Essen, Freiburg, Hamburg, Leipzig und Nürnberg. Auch erwähnenswert ist, dass laut Berichten auf demvolkedienern.org in der Nacht zum 1. Mai rote Fahnen mit Hammer und Sichel in 14 Städten in der BRD aufgehängt wurden. So trat der Rote Bund mit einem ersten starken Impuls ins Leben. Wir freuen uns darum besonders, in dieser Ausgabe der Roten Post ein Interview mit zwei der Aktivisten des Roten Bundes abzudrucken, das zuvor auch schon auf der neuen Website roterbund.de veröffentlicht wurde. Auch die Gründungserklärung drucken wir im gleichen Zug mit ab. Dafür haben wir die Artikel der Rubriken International, National und Frauen in dieser Ausgabe ausnahmsweise gestrichen. In der dritten Ausgabe unserer Zeitung schrieben wir:

„Nehmt diese Ausgabe der Roten Post in die Hand und tragt sie weiter. Verbreitet sie. Lasst unsere Leute wissen, dass die Roten da sind.“

Jetzt – fünf Jahre später – wiederholen wir diesen Aufruf noch einmal mit noch mehr Kraft, denn der Rote Bund ist da – lasst es unsere Leute wissen!

Eure RoPo-Redaktion

BILD DES MONATS



Der 1. Mai in Bremerhaven-Lehe war auch dieses Jahr durch die Teilnahme der Bewohner des Viertels geprägt, die sich mit Enthusiasmus der Demonstration anschlossen und sich im Anschluss zu einem Fest inmitten des Viertels versammelten.

Quelle: demvolkedieneen.org



Mit Anlass der Ankündigung der Gründung des Roten Bundes publizieren wir hier zwei Dokumente – zum einen seine Gründungserklärung, zum anderen ein Interview, welches wir mit zwei seiner Aktivisten führen durften. Beide Dokumente sind auch auf der Website roterbund.de zu finden.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!



GRÜNDUNGSERKLÄRUNG DES ROTEN BUNDES

Der Rote Bund ist eine bundesweite Aktivistenorganisation, in der revolutionär gesinnte Aktivisten sich auf Grundlage der folgenden politischen Standpunkte zusammengeschlossen haben:

- Wir kämpfen für die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen gegen die ökonomischen, politischen und ideologischen Angriffe der Bourgeoisie und ihres Staates. Wir fördern den Klassenkampf der Arbeiterklasse als Kampf für die sozialistische Revolution in Deutschland, welche wir als Teil der proletarischen Weltrevolution und dieser dienend verstehen. Wir streben danach, den Kampf für die Tagesforderungen, als Teil des Kampfes Klasse gegen Klasse, zu entfalten, damit jeder Kampf dem Kampf der Arbeiterklasse für die Eroberung der politischen Macht dient.
- Wir lehnen alle bürgerlichen Parteien ab. Wir verurteilen die falschen Führer des Revisionismus und Opportunismus in jeder Form und die korporatistische Führung der Gewerkschaften, die die Interessen der

Arbeiterklasse verraten. Wir unterstützen die Klassenorganisation der Arbeiterklasse und den Kampf für die Rekonstitution seiner eigenen Organisationen, sowie der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wir betreiben und fördern den Wahlboykott der breiten Massen.

- Wir unterstützen den antiimperialistischen Kampf sowie die demokratischen und revolutionären Kämpfe fortschrittlicher und demokratischer Organisationen und Einzelpersonen in allen Ländern, die sich für die Rechte des Volkes und die der revolutionären und antiimperialistischen politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen einsetzen.
- Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das Recht der antiimperialistischen Bewegungen, ihre Kampfformen selbst zu wählen, das Recht auf Organisations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit für die Völker in allen Ländern, und die Rechte der antiimperialistischen und revolutionären politischen Gefangenen, insbesondere für die Anerkennung des Kriegsgefangenenstatus für antiimperialistische und revolutionäre Kämpfer.
- Wir kämpfen gegen den deutschen Imperialismus, sowie die übrigen imperialistischen Mächte und Supermächte und alle ihre Lakaien, die imperialistischen Kriege und Aggressionen, die willkürlichen reaktionären Kampagnen, die antiimperialistische und revolutionäre Bewegungen als „Terroristen“ diffamieren, die Verfolgung von Arbeiter-, Volks- und fortschrittlichen Organisationen und anderen, die die Interessen des Volkes verteidigen, und die Kriminalisierung des Arbeiter-, Volks- und antiimperialistischen Protests. Die NATO und die EU sind internationale Räuberbanden und gehören zerschlagen.
- Wir verstehen uns als ein Teil der internationalen Arbeiterklasse und der weltweiten revolutionären Volksbewegung. Wir sehen die von Kommunistischen Parteien geführten Volkskriege, heute in Peru, der Türkei, Indien und auf den Philippinen, als die Leuchtfener im Kampf für die Befreiung vom Joch des Imperialismus, die den Weg zeigen, dem heute alle Unterdrückten und Ausgebeuteten auf der Welt folgen müssen. Entsprechend kämpfen wir dafür, diese gegen jeden Angriff zu verteidigen und arbeiten aktiv dafür, die Unterstützung dieser mittels Agitation und Propaganda zu entwickeln und zu stärken.
- Wir stehen gemeinsam gegen die Repression des imperialistischen Staates gegen die Arbeiter und die revolutionäre Bewegung, mit allen, die davon betroffen sind. Wir kämpfen gegen Militarismus, Faschismus und Rassismus in jeder Form. Wir verstehen die Spaltung der Arbeiterklasse in einheimische und ausländische Arbeiter als das größte Hindernis für die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung und bekämpfen den imperialistischen deutschen Chauvinismus. Wir sind proletarische Internationalisten und sind tief überzeugt, dass die Arbeiterklasse kein Vaterland hat.
- Wir kämpfen für die Entwicklung der klassenbewussten revolutionären Frauenbewegung. Wir lehnen jede Form der „Identitätspolitik“ und des „Postmodernismus“ ab und erheben den proletarischen Feminismus im Kampf gegen das Patriarchat. Wir kämpfen dafür, den revolutionären Zorn der Frau zu entfesseln, als eine mächtige Kraft der proletarischen Revolution.
- Unsere Weltanschauung kann in dem Satz „**Die Rebellion ist gerechtfertigt!**“ zusammengefasst werden. Unser politischer Standpunkt ist der, der Arbeiterklasse. Wir sind revolutionäre Aktivisten und rufen alle vom Imperialismus Ausgebeuteten und Unterdrückten auf: **Kämpft und wehrt euch!**

Jeder, der bereit ist, auf dieser Grundlage mit uns zusammen zu kämpfen, soll sich mit uns in Verbindung setzen, damit wir gemeinsam den Roten Bund aufbauen, entwickeln und stärken können, im Dienste der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in Deutschland und der Welt.

INTERVIEW MIT DEM ROTEN BUND

Rote Post: Hallo, Genossen. Schön, dass ihr uns die Möglichkeit gebt, mit euch zu sprechen. Erst neulich wurde die Gründung einer neuen revolutionären Organisation in Deutschland bekannt gegeben. Der Rote Bund bewegt sich sozusagen innerhalb des gleichen politischen Umfeldes, in dem sich viele von unseren mitarbeitenden Genossen bewegen, und dem sich bestimmt auch eine Großzahl unserer Leser zugehörig fühlt. Darum sind wir sehr interessiert an dieser Entwicklung. Könnt ihr ein bisschen über diese neue Organisation erzählen, was ihr meint, was ihre Bedeutung ist?

Maria: Der Rote Bund ist eine Organisation, die von Genossen gegründet wurde, die in unterschiedlichen roten und internationalistischen Kollektiven gearbeitet haben in Berlin, Bremen, Hamburg, NRW und Baden-Württemberg, und von Einzelpersonen und kleineren Gruppen aus anderen Bundesländern. Manche von uns haben über viele Jahre zusammen revolutionäre Politik betrieben, aber vor allem lokal und ohne eine einheitliche bundesweite Organisationsform. Das haben wir jetzt geändert. Wir sind überzeugt, dass in dem politischen Kampf von Klasse gegen Klasse die Organisation die wichtigste Waffe ist. Denn zur Erreichung von politischen Zielen braucht man entsprechende Organisations- und Kampfformen. Unserer Einschätzung nach war die Organisationsform, die wir über Jahre benutzt haben, in der Hauptsache gut und hat ihren politischen Zweck erfüllt. Aber heute ist diese Organisationsform veraltet und entspricht nicht dem aktuellen Moment des Klassenkampfes in Deutschland. Wir haben dafür unsere politischen Aufgaben gemeinsam eine Zeit lang diskutiert und haben uns auf ein politisches Programm geeinigt. In diesem haben wir unsere Ziele definiert. Um für diese Ziele zu kämpfen, brauchen wir eine Organisationsform, die uns in die Lage versetzt, bundesweit einheitlich zu wirken. Auch ist es wichtig für uns, den Genossen in Teilen des Landes, wo es bis jetzt keine Kollektive gab, und die jetzt wachsendes Interesse an unserer Arbeit haben, eine Möglichkeit zu geben, sich gemeinsam mit uns zu organisieren. Deswegen haben wir den Roten Bund gegründet, als eine breitere Aktivist*innenorganisation, von der wir überzeugt sind, dass sie uns eine ganz andere Reichweite und perspektivisch politische Wirksamkeit erlauben wird.

Lucas: *Deutschland ist ein imperialistisches Land. Dementsprechend ist die Aufgabe des Proletariats, der Arbeiterklasse, in diesem Land, die sozialistische Revolution durchzuführen. Das unterscheidet sich von der Situation unserer Klasse in den unterdrückten Ländern – dort ist es die Aufgabe, eine demokratische Revolution durchzuführen, um das imperialistische Joch und die Ausbeutung durch den bürokratischen Kapitalismus und den Halbfeudalismus zu beseitigen. In diesem Land, wiederholen wir, ist die Aufgabe die sozialistische Revolution – und damit die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Eine Organisation von Aktivisten wird in der Kommunistischen Bewegung gewöhnlich mit „rot“ bezeichnet, wenn sie sich diese Aufgabe gestellt hat. In den unterdrückten Ländern, wo eine neudemokratische Revolution durchgeführt werden muss, wird eine Organisationsform von vergleichbarem Charakter gewöhnlich „Bewegung des Volkes“ oder ähnlich genannt.*

Also, das „rot“ kommt vom Charakter der Revolution, die in Deutschland gemacht werden muss. „Bund“ haben wir als Bezeichnung gewählt, weil wir wie gesagt als eine Vereinigung der unterschiedlichen Kollektive, Gruppen und Einzelpersonen entstehen. Das an erster Stelle. Aber zweitens auch, weil wir danach streben, in der Zukunft als eine Sorte von Dachverband fungieren zu können, unter dem dann auch Organisationsformen mit besonderer Ausrichtung, wie z.B. Jugendorganisationen, kulturelle Organisationen usw. teilnehmen können. Die Genossinnen der Roten Frauenkomitees haben sich entschieden, sich als Teil des Roten Bundes zu verstehen. Darüber sind wir sehr froh. Das hat einen wichtigen, wenn nicht sogar entscheidenden Beitrag zu unserem Entstehen gegeben.

RoPo: Das heißt, die Roten Frauenkomitees haben sich in den Roten Bund aufgelöst?

Maria: Nein, auf keinen Fall. Die Genossinnen arbeiten weiter, aber jetzt als Teil des Roten Bundes als Ganzes, d.h. sie behalten ihre eigene Organisationsstruktur, aber als Teil eines größeren Ganzen.

RoPo: Als Marxisten wissen wir, dass ohne die Kommunistische Partei die proletarische Revolution nicht siegen kann. Wie steht ihr zu dieser Frage? Seid ihr eine Organisation, die für die Rekonstitution der Kommunistischen Partei Deutschlands arbeitet?

RoPo: Warum der Name „Roter Bund“?



Fahne des Roten Bundes am 1. Mai in Hamburg

Lucas: Unserem Verständnis nach ist die Kommunistische Partei die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse, sie ist seine organisierte Vortruppe – der Generalstab der Klasse. Und weil sie das ist, muss sie aus den hingebungsvollsten, entschlossensten und opferbereitesten aller Kämpfer der Arbeiterklasse bestehen. Die Kommunistische Partei ist also eine ausgewählte Truppe. Es können nicht alle, die für die proletarische Revolution arbeiten wollen, diese sehr hohen Anforderungen erfüllen. Es gibt Genossen, die so arbeiten, und natürlich müssen die innerhalb der ganzen revolutionären Bewegung eine führende Rolle spielen, aber unsere Rolle ist eine andere. Wir organisieren uns als Aktivisten, d.h. dass wir aktiv, systematisch und organisiert in den Klassenkampf der Arbeiterklasse eintreten. Wir teilen natürlich die gleiche Weltanschauung wie die Vortruppe der Arbeiterklasse, aber unsere jeweilige Praxis entspricht nicht dem gleichen Niveau wie dem der Genossen, die diese Sache direkt in die Hand nehmen. Natürlich sehen wir die Notwendigkeit der Rekonstitution der Kommunistischen Partei in diesem Land und hoffen natürlich, unseren bescheidenen Beitrag in diesem Prozess

beitragen zu können. Aber die Aufgabe, diesen Prozess zu führen und am Ende durchzuführen, ist nicht unsere.

RoPo: Wenn ihr jetzt über Weltanschauung sprecht – in eurer Gründungserklärung schreibt ihr nicht direkt über ideologische Fragen. Bedeutet das, dass ihr eine „strömungsübergreifende“ Organisation seid?

Maria: Wir sind definitiv keine „strömungsübergreifende“ Organisation, dann würden wir uns nicht als Aktivistenorganisation verstehen, sondern als einen Zusammenschluss von unterschiedlichen Interessensgruppen, Parteien und Organisationen. Wir sind überzeugt davon, dass in der Klassengesellschaft jede Idee und jeder Standpunkt unausweichlich einen Klassenstempel tragen, wie der Vorsitzende Mao so treffend formuliert hat. Das bedeutet, dass jeder Gedanke, jeder Standpunkt letztendlich ein Ausdruck der Ideologie einer Klasse ist. Und unsere Ideologie muss die proletarische sein. Unsere politische Linie bzw. unsere Standpunkte, die wir in unserer Gründungserklärung zusammengefasst haben, sind nichts anderes als der

*Versuch, diese Ideologie innerhalb des Klassenkampfes des Proletariats und in seinem Dienst anzuwenden. Zusammengefasst: Wir verstehen Politik als Anwendung der Ideologie im Klassenkampf. Im Gründungsdokument stellen wir das nicht in den Vordergrund. Für unsere Aktivist*innenorganisation ist die Kernfrage nicht, eine allgemeine politische Linie zu formulieren. Das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Was wir wollen, ist klarzustellen, wofür wir kämpfen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenes klares Bild zu schaffen, ohne allgemeinere Formulierungen.*

RoPo: Aber es gibt doch viele Organisationen oder politische Zusammenschlüsse, die genauso wie ihr sagen, dass sie für die Klasseninteressen des Proletariats kämpfen und die sich auch Marxisten oder sogar Marxisten-Leninisten nennen.

Lucas: Die Ideologie des Proletariats – Weltanschauung, Standpunkt und Methode der Klasse – ist die einzige wissenschaftliche Ideologie und entwickelt sich entsprechend mit der Zeit. Präziser gesagt, durch Sprünge und in Spiralform, wie Lenin sich ausdrücken würde. Unsere Grundlage ist entsprechend die Ideologie, die von Marx gegründet, von Lenin und dem Vorsitzenden Mao Tse-tung jeweils auf eine höhere Stufe weiterentwickelt wurde, und deren wichtigster Vertreter in den letzten Jahrzehnten der Vorsitzende Gonzalo war. Das ist für uns die einzig korrekte ideologische Richtschnur. Insofern sind wir, um das sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen, der Meinung, dass Parteien und Organisationen, die sich auf eine andere ideologische Grundlage stellen, nicht als

konsequente Marxisten bezeichnet werden können und, dass es sich in den meisten Fällen bei diesen Gruppierungen um Kräfte handelt, die den Marxismus verraten haben und mit Fahnen, die nicht ihre sind, schachern.

RoPo: Okay, das heißt, ihr kommt alleine klar und müsst mit niemandem sonst arbeiten?

Maria: Nein. Wir sind überzeugt, dass es in der revolutionaristischen Bewegung in Deutschland eine große Vielfalt an Kräften gibt, mit denen wir zusammenarbeiten können, sollten und müssen. Wir glauben, dass es eine Menge Vertreter anderer Klasseninteressen gibt, mit denen das Proletariat zusammenzuarbeiten hat – wie Marx es schon beschrieben hat. Aber das Proletariat hat die klare Absicht, diese anderen Klassen zu führen, und nicht, in ihnen aufzugehen. Diese Punkte, so denken wir, sind notwendig, im aktuellen Moment des Klassenkampfes in diesem Land handzuhaben, um die entsprechende Wirkung in der revolutionären Einheitsfront zu entfalten, was notwendig ist. Wir werden immer jede Person, Gruppe, Organisation oder Partei vor allem anhand ihrer Praxis beurteilen, und wir hoffen, dass andere das gleiche Kriterium bezüglich uns anwenden. Aber eine Voraussetzung für eine genossenschaftliche Zusammenarbeit ist ein aktiver ideologischer Kampf, und nicht die prinzipienlose Versöhnung.

RoPo: Dann, um zu einem anderen Thema überzugehen, wie organisiert ihr euch?

Lucas: Das Organisationsprinzip der Arbeiterklasse ist

Veranstaltung des Roten Bundes in Bremen



seit Marx und Engels der demokratische Zentralismus. Lenin widmete sich später auch dieser Frage und entwickelte das Prinzip des demokratischen Zentralismus weiter und begründete ihn. Und wir arbeiten natürlich auch nach diesem Prinzip. Wir wollen eine effiziente Organisation sein, die den Interessen der Arbeiterklasse dient, keine Diskussionsgruppe. Daher ist ein einheitliches Handeln nötig, um, wie man sagt, „als eine Faust zuschlagen zu können“, und dafür brauchen wir den Zentralismus, aber auf Grundlage der Demokratie, mit bewusster und freiwilliger Disziplin. Übrigens, das glauben wir, ist notwendig anzumerken: das Gesetz des Widerspruchs, der Kern der materialistischen Dialektik, lehrt uns, dass es keine zwei Sachen in dieser Welt gibt, die gleich sind. Es gibt immer innerhalb einer menschlichen Gruppe eine Unterschiedlichkeit in Fähigkeiten, Charisma, Begabungen usw. usf. In den Gruppen, in denen man sich im Namen der „Freiheit“ und „Antiautorität“ gegen das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus wendet, herrscht ausnahmslos eine Unzahl von „inoffiziellen“ Hierarchien. Es wird behauptet, dass alle gleich sind, aber am Ende sind es immer die gleichen Kleinpäpste, die den Laden führen. Es gibt keine demokratischere Organisationsform als die, in der die Beschlüsse getroffen werden durch das Erlangen von ideologischer und politischer Einheit durch aktiven ideologischen Kampf, Kritik und Selbstkritik. Und weil jede Idee einen Klassenstempel hat, spiegeln menschliche Ideen Klasseninteressen wider, entsprechend existiert in jeder revolutionären Organisation objektiv gesehen immer der Kampf zwischen zwei Linien: die Linie, die den Interessen des Proletariats dient, d.h. der Revolution, und die Linie, die den Interessen der Bourgeoisie, der herrschenden imperialistischen Ordnung dient. Wenn wir das anerkennen, können wir auch verstehen, warum das einzige demokratische Organisationsprinzip für unsere Klasse der demokratische Zentralismus ist.

RoPo: Bedeutet das, dass ihr auch ein Statut habt? Und warum habt ihr das dann nicht auch gleichzeitig mit der Gründungserklärung bekannt gemacht?

Maria: Wir haben ein gemeinsames Verständnis von unseren organisatorischen Prinzipien, und natürlich haben wir ein reguliertes internes Leben. Wir finden aber, dass das eine Sache ist, die diejenigen angeht, die sich an dieser internen Arbeit beteiligen wollen, und nicht etwas, das unbedingt jeden etwas angeht. Also, die Genossen, die mit uns arbeiten, mit uns in Kontakt treten und gemeinsam



Demonstration am 1. Mai in Berlin

mit uns kämpfen wollen, werden natürlich ausführlich und umfassend über diese Sachen informiert.

RoPo: Eure Gründungserklärung stellt ja vor allem ein revolutionäres Programm dar. Wenn man das liest, bekommt man den Eindruck, dass Vieles darin aus der

Resolution des internationalen Treffens der antiimperialistischen Organisationen vom 20. August 2022 abgeschrieben ist. Warum ist das so? Könnt ihr nicht selber denken?

Lucas: *Doch, selber denken können wir. Wir haben diese Frage auch diskutiert. Wenn es bereits ein prinzipiell richtiges und korrektes Programm gibt, wie in diesem Fall z.B. zum Antiimperialismus, warum sollten wir es dann nicht annehmen? Die Roten Frauenkomitees hatten diese Resolution ja auch schon unterschrieben. Natürlich müssen wir auch dieses Programm anwenden.*

RoPo: Welche Menschen wollt ihr denn erreichen bzw. organisieren?

Maria: *Einfach ausgedrückt wollen wir natürlich, weil wir uns den Kampf für die sozialistische Revolution auf die Fahne geschrieben haben, alle, die mit der Ausbeutung und Unterdrückung, die heute die herrschende Ordnung aufrechterhält, Schluss machen wollen, erreichen und organisieren. Natürlich vor allem die führende Klasse unserer Revolution, unsere Klasse, die die größte Klasse in der deutschen Gesellschaft ist, die Arbeiterklasse. Aber auch die riesige Klasse des Halbproletariats und Teile der Kleinbourgeoisie, wie z.B. Intellektuelle, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen wollen. Vor allem finden wir wichtig, zu den meist Ausgebeuteten und Unterdrückten zu gehen, zu denjenigen, die Engels „die tiefsten und breitesten Massen“ nannte. Dann hat innerhalb dieser unterschiedlichen Teile des Volkes natürlich die Jugend eine besondere*

Rolle, als der Träger der Zukunft und als der aktivste Teil der revolutionären Bewegung. Die Frauen haben doppelten Grund zu rebellieren, da sie nicht nur unter der Ausbeutung und Unterdrückung der herrschenden Klasse leiden, sondern auch unter der des Patriarchats. Und wir sind der Meinung, dass eine entscheidende Sache die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in Deutschland in einheimische und ausländische Arbeiter ist. Denn diese ist der wichtigste Pfeiler für die Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems. Entsprechend sind die genannten diejenigen, die wir erreichen wollen. Jeder Einzelne, der unsere politischen Standpunkte teilt und bereit ist, sich als Aktivist zu entwickeln, ist herzlich willkommen, mit uns zu arbeiten und zu kämpfen.

RoPo: Könnt ihr ein paar Kämpfe aufzählen, die ihr auf die Tagesordnung setzt?

Lucas: *Wer einen Blick in unser Programm bzw. unsere Gründungserklärung wirft, bekommt schon einen Eindruck davon, wie breit unsere Themen aufgestellt sind. Natürlich legen wir entsprechend der Zielsetzung des Roten Bundes einen Schwerpunkt auf unterschiedliche ökonomische und politische Kämpfe der Arbeiterklasse. Das ist in unseren Augen notwendig, um den Klassenkampf der Arbeiterklasse in diesem Land zu entwickeln und weiter unter den Arbeitern Wurzeln zu schlagen. Zum Beispiel haben unterschiedliche unserer Mitglieder sich bereits bei den diversen Streikwellen, die es in den letzten Jahren gab, beteiligt und dabei die Notwendigkeit einer kämpferischen Gewerkschaft hervorgehoben. Aber die Arbeitskämpfe entwickeln wir auch an unseren jeweiligen Arbeitsplätzen.*

Veranstaltung des Roten Bundes in Essen





Fahne des Roten Bundes am 1. Mai in Freiburg

Für uns ist auch proletarischer Internationalismus von besonderem Gewicht. Es ist keine leere Phrase für uns, dass die Arbeiterklasse eine internationale Klasse ist. Darum legen wir großes Gewicht darauf, die Kämpfe unserer Klasse und der Organisationen, die die Klasse in den jeweiligen Ländern anführen, zu unterstützen. Da sind selbstverständlich die vier Volkskriege, die derzeit geführt werden – in Peru, Indien, der Türkei und auf den Philippinen. Das sind für uns große Leuchtfener, und sie geben den Revolutionären Perspektive und Hoffnung. Ein Kampf, der für uns beispielsweise jetzt unmittelbar auf der Tagesordnung steht, ist der Kampf des mexikanischen Volkes im Süden Mexikos gegen den Interozeanischen Korridor. Aber auch der Kampf der armen Bauern in Brasilien ist seit langem in unserer Arbeit präsent.

Maria: *Zusätzlich werden wir auch, und vor allem natürlich wir Genossinnen, aber nicht nur, die Kämpfe der Frauen gegen die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung, unter der sie zu leiden haben, auf die Tagesordnung setzen. Wir sehen dabei auch eine große Notwendigkeit, gegen jede Art der Identitätspolitik und des Postmodernismus zu kämpfen, die der Frauenbewegung in diesem Land vor allem in den letzten Jahren großen Schaden zugefügt haben. Aber der Kampf für die Emanzipation der Frau ist unserer Meinung nach nicht nur ein Kampf um Ideen, darum werden wir überall, wo es möglich ist, Gewicht auf die besonderen ökonomischen Bedingungen legen, in denen die Frau kämpft.*

RoPo: Der Rote Bund hat ja auch ein Logo, kannst du mir da sagen, warum ihr gerade dieses Symbol gewählt habt?

Maria: *Wir orientieren uns dabei vor allem an dem Ausspruch von Marx und Engels: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen!“ Als Roter Bund ist es unsere Aufgabe, diese Ketten zu zerschlagen und die volle Kraft unserer Klasse zu entfalten. Alles unter dem Motto: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Darum haben wir unser Symbol so gewählt, wie es ist.*

RoPo: Betreibt ihr auch Websites mit revolutionären Nachrichten, oder habt eine Zeitung oder ähnliches?

Lucas: *Nein, wir selber betreiben weder eine Nachrichtenwebsite, noch vertreiben wir eine Zeitung. Aber wir versuchen natürlich, im Austausch mit anderen revolutionären Nachrichtenwebsites zu stehen, oder mit revolutionären Printmedien, wie der RoPo zum Beispiel.*

RoPo: Welche Möglichkeit gibt es dann, wenn ich mich für euch interessiere, Kontakt zu euch aufzunehmen?

Maria: *Für alle, die interessiert sind, haben wir eine Website roterbund.de, die wir gelegentlich aktualisieren. Dort findet man auch unterschiedliche E-Mail-Kontakte aus den jeweiligen Bundesländern.*

RoPo: Vielen Dank für dieses umfangreiche Interview und viel Erfolg bei eurer Arbeit! •

GEWALT, SCHIKANE UND AUFRÜSTUNG – ALTE UND NEUE TAKTIKEN DER HAMBURGER POLIZEI



Polizeigewalt gegen 19-jährigen Demonstranten am Schlump am 1. Mai

Es war der friedlichste 1. Mai seit Jahren, titelten die bürgerlichen Zeitungen unserer Stadt nach dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Wer aber wieder durch Gewalt und Schikane glänzte, war die Hamburger Polizei. Zwei Demonstrationen wurden unnötig schikaniert, am Losgehen gehindert und über Stunden eingekesselt. Ganz besonders ist aber ein Fall im Gedächtnis hängen geblieben: Als Demonstrationsteilnehmer einer 1.-Mai-Demo, die am Hagenbecks Tierpark losgehen sollte, gegen 19:30 Uhr am U-Bahnhof Schlump, von Polizisten in voller Montur gejagt, aus dem Bahnhof stürmen, wird ein 19-Jähriger mit voller Wucht von einem Polizisten umgerannt. Der junge Mann geht zu Boden und fällt direkt auf den Hinterkopf. Er ist sofort bewusstlos, fängt an zu krampfen und Schaum sammelt sich vor seinem Mund. In einem Video, das vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) veröffentlicht wurde, ist der Vorfall genau zu sehen. Der junge Demonstrationsteilnehmer wird schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Er erleidet ein Schädel-

trauma, ist über Stunden bewusstlos und muss beatmet werden.

Es ist ein Vorfall, den die Polizei nicht mehr einfach ignorieren kann, vor allem weil ein Video der Tat existiert. Das ist wohl der einzige Grund, warum nun auch interne Ermittlungen gegen den Bullen eingeleitet wurden, der den Demoteilnehmer ins Krankenhaus katapultierte. Dabei ist mittlerweile auch klar, dass die Polizei im ersten Moment versuchte, den Fall zu vertuschen. Im Entlassungsbrief, den der 19-jährige Demoteilnehmer vom Krankenhaus erhielt, steht nämlich ein gänzlich anderer Hergang, der zu der Verletzung geführt haben soll. So soll der 19-Jährige laut Entlassungsbrief gegen ein Polizeischild gelaufen sein und sich so diese Verletzung zugezogen haben. Eine Sache, die allein deshalb nicht hinkommen kann, weil die Polizei in besagter Situation am U-Bahnhof Schlump gar keine Schilde einsetzte. Wie sich danach herausstellte waren die ersten „offiziellen Sanitäter“, die den 19-Jährigen nach seiner Verletzung versorgten,

polizeieigene Sanitäter. Diese gaben dann einen Bericht über den Tathergang an die Notfallsanitäter ab, die den schwerverletzten Demoteilnehmer ins Krankenhaus fuhren. Auf genau diesem Bericht basiert auch der Entlassungsbrief, in dem der Hergang der Tat beschrieben ist. Zu diesem Zeitpunkt wussten die Kollegen des Bullen, der für die ganze Sache verantwortlich war, natürlich nicht, dass Kameras mitliefen, die den Tathergang detailgetreu aufzeichneten. Es wird also deutlich, dass die Polizeisanitäter versuchten, ihre Kollegen zu decken, ganz im Sinne des Korpsgeistes, der bei der Polizei Gang und Gäbe ist.

Dass der Fall einen politischen Hintergrund hat und es gegen Linke geht, ist mehr als offensichtlich. Seit Jahrzehnten ist die Taktik der Hamburger Polizei darauf ausgelegt, linken, revolutionären und anderen progressiven Protest zu kriminalisieren, mit Repression zu überziehen und im Zweifel auch in rohen Gewaltexzessen zu zerschlagen. Das ist nicht nur ein Problem einzelner Prügelknaben in den Reihen der Polizei, sondern ihr Job, ihre Aufgabe als Teil des Gewaltapparates dieses Klassenstaates. Dass es aber einige Bullen gibt, die besonders gerne mal „Zecken jagen“ gehen, macht ein Fall aus dem letzten Oktober überdeutlich. Dieser ereignete sich beim Hamburger Stadtderby zwischen dem FC Sankt Pauli und dem Hamburger SV. Auf zahlreichen Videos in den sogenannten sozialen Medien war am 14. Oktober zu sehen, wie Polizisten auf Fans von St. Pauli direkt vor dem Millerntorstadion einprügelten. Sogar auf Personen, die schon am Boden fixiert waren, wurde immer weiter und weiter eingeschlagen. Von der Polizei wurde das Ganze damit gerechtfertigt, dass man eine Schlägerei unter Fußballfans hätte verhindern wollen. Stattdessen wurden Fußballfans einfach von der Polizei verprügelt. Dabei berichtete die Fanhilfe von St. Pauli – ein Verein, an den man sich wenden kann, wenn man als Fan Opfer von Polizeigewalt oder Repression wird – von „Schlachtrufen“ der Polizisten wie „Scheiß Zecken“, die sie riefen, als sie auf die Fans zustürmten. Auch dieser Fall war in den Tagen nach dem Stadtderby ein großes Thema in der lokalen Presse Hamburgs und aufgrund des öffentlichen Drucks, der durch die Videos des Vorfalls entstand, kündigte die Polizei interne Ermittlungen an. Doch wie so oft, wenn die Polizei gegen sich selbst ermittelt, gab es auch in diesem Fall keine Konsequenzen.

Es sind aber natürlich nicht nur linke Kräfte oder linke Fußballfans von Polizeigewalt und Schikane

betroffen, sondern insbesondere die Arbeiterklasse und die breiten Teile des Volkes. Ganz besonders schlägt sich das nicht erst seit gestern auch am Hamburger Hauptbahnhof nieder – ein Ort, der besonders für migrantische Menschen immer wieder zum Schauplatz von Kriminalisierung und rassistischen und chauvinistischen Polizeikontrollen wird. Seit Anfang April hat sich die Lage hier aber noch einmal verschlimmert. Unter Leitung von Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) wurde am 3. April die neue sogenannte „Allianz sicherer Hauptbahnhof“ vorgestellt. Vorausgegangen war ein Treffen zwischen dem Innensenator, der Bundespolizei, der Hamburger Landespolizei, der DB Sicherheit und der Hochbahn-Wache. Gemeinsam wurde beschlossen, den Hauptbahnhof und sein Umfeld „sicherer“ zu machen. Was das ganz konkret bedeutet, war schon am darauffolgenden Wochenende eindrücklich zu beobachten. Auf dem Hachmann-Platz am Hauptbahnhof baute die Polizei mit Containern und LKWs eine sogenannte Mobile Wache auf und setzte dutzende Kräfte zusätzlich in und um den Hauptbahnhof ein. Gruppen von Jugendlichen, die der Polizei verdächtig vorkamen – heißt vor allem schwarze Haare und dunkle Haut – wurden von 15 bis 20 Beamten regelrecht eingekesselt und kontrolliert. Unzählige meist migrantische Personen, aber auch obdachlose Menschen wurden festgenommen und in der mobilen Wache bis auf die Unterhose kontrolliert. Im Nachhinein verkauften Innensenat und Polizei ihre Schikaneaktion als großen Erfolg, bei dem zahlreiche Drogen und Waffen sichergestellt werden konnten. Wie viele Personen aber insgesamt kontrolliert wurden und wie viele von ihnen keine Drogen oder Waffen dabei hatten und einfach nur kontrolliert wurden, weil sie schwarze Haare hatten, dazu veröffentlichten die Bullen keine Zahlen.

All diese Fälle zeigen, dass wir als Linke, als Revolutionäre, als Arbeiter, als migrantische Menschen ein gemeinsames Interesse haben, gegen die Polizei zu kämpfen. Wir alle sind immer wieder betroffen von der Gewalt dieses Klassenstaates, der uns unterdrückt, und seiner Bullen. Dabei ist wichtig, im Kopf zu behalten, dass es nicht einzelne Bullen sind, die so handeln, sondern, dass die Polizei in ihrer ganzen Funktion als Verteidiger dieser imperialistischen Ordnung das Problem ist. Unsere Antwort muss sein, unsere Kämpfe zu verbinden, uns zu vereinen und den Kampf Klasse gegen Klasse zu intensivieren, gegen die Bullen, diesen Staat und dieses System. •

HEILMITTEL VIER-TAGE-WOCHE?

Bei seiner diesjährigen 1.Mai-Demonstration in Bremen ließ der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Forderung nach einer weitgreifenden Einführung der Vier-Tage-Woche verlauten. Die stellvertretende Chefin des DGB, Elke Hannak, machte sich für die Vier-Tage-Woche für eine bessere „Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf“ stark, der Vorsitzende des Bremer DGB-Verbands, Ernesto Harder, forderte die Einführung im Gesundheitsbereich.

Was als kämpferische Forderung an die Bourgeoisie angesehen werden soll, entpuppt sich schnell als eine Konvergenz zu den Bestrebungen der bürgerlichen Politiker. Denn eine 4-Tage-Woche ist längst Teil der Pläne der Herrschenden, und wie schon 1993, als Volkswagen sich während einer Absatzkrise mit ihrer Einführung einen Namen machte, dient sie zu nichts anderem als einer Steigerung des Profits der Unternehmen. Diskutiert wird die Vier-Tage-Woche deutschlandweit seit Antritt der Ampelkoalition wieder zunehmend. Diese hielt in ihrem Koalitionsvertrag fest:

„Wir erhöhen den Mindestlohn und schaffen ein modernes Arbeitsrecht, das Sicherheit und fair ausgehandelte Flexibilität ermöglicht [...] Wir wollen die moderne Arbeitswelt gestalten, dabei berufliche Chancen ermöglichen sowie Sicherheit und Flexibilität in Einklang bringen. [...] Um auf die Veränderungen in der Arbeitswelt zu reagieren und die Wünsche von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufzugreifen, wollen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber dabei unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen.“

und

„Wir halten am Grundsatz des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz fest [...] werden wir es ermöglichen, dass im Rahmen von Tarifverträgen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen und in einzuhaltenden Fristen ihre Arbeitszeit flexibler gestalten können. Außerdem wollen wir eine begrenzte Möglichkeit zur Abweichung von den derzeit bestehenden Regelungen des Arbeitszeitgesetzes hinsichtlich der

Tageshöchst Arbeitszeit schaffen, wenn Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen, auf Grund von Tarifverträgen, dies vorsehen (Experimentierräume). Im Dialog mit den Sozialpartnern prüfen wir, welchen Anpassungsbedarf wir angesichts der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Arbeitszeitrecht sehen.

Damit ist die Richtlinie schon gegeben. Das schön klingende Wort Flexibilität bedeutet, dass man sich mehr an die Bedürfnisse der Ausbeuter anpasst. Dazu wird erst der Acht-Stunden-Tag hochgehalten und dann enthauptet. Ein Beispiel für „Flexibilität“, denn in einer Vier-Tage-Woche muss natürlich mehr am Tag gearbeitet werden. Die Einflussnahme auf die Gewerkschaften ist auch klar beschrieben, und so wundert es kaum, dass den Forderungen der DGB-Spitze am 1. Mai ein Plädoyer von der SPD-Chefin Saskia Esken ein Plädoyer für die Vier-Tage-Woche am 29. April zuvorgekommen war. Die Chefin des DGB, Yasmin Fahimi – nur nebenbei – ist übrigens eine recht hochrangige Parteikollegin, die 2014 und 2015 Generalsekretärin der SPD und in den darauf folgenden zwei Jahren Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales war.

Auch in Bremen wird die Vier-Tage-Woche als eine Antwort auf den sogenannten Fachkräftemangel betrachtet. Andere Ökonomen und Unternehmer glauben, dass die Sache genau in dieser Frage nach hinten losgeht. Hier wird die „bessere Work-Life-Balance“ gelobt, dort die Leistungsfähigkeit der Arbeiter bei 10 Stunden Arbeit am Tag angezweifelt und die höhere Wahrscheinlichkeit von Arbeitsunfällen betont. Aber der Vorschlag zur Vier-Tage-Woche spielt sich ja im Rahmen der ganzen „Flexibilität“ ab, d.h. die Ausbeuter sollen sagen können, was ihnen besser passt. Eines ist klar – der Vorschlag geht mit einem weiteren Angriff auf den Acht-Stunden-Tag einher, denn in den allermeisten Fällen bleibt es von Monat bis Donnerstag dann nicht mehr bei der alten Arbeitsdauer. Andere Betriebe haben sich z.T. auch Tricks einfallen lassen – zum Beispiel die Einführung des Modells täglich eine halbe Stunde mehr, dafür ist der eh kurze Freitag frei, aber der Urlaub im Jahr vermindert sich von 30 auf nur noch 24 Tage.

Der Vorschlag für die Einführung im Gesundheitsbereich hat auch seine Unstimmigkeiten. Erstmal ist Grundlage für eine flächendeckendere Einführung der Vier-Tage-Woche ein Tarifvertrag. Nun haben wir aber in einigen der letzten RoPo-Ausgaben gesehen, dass die Bremer „Gesundheit Nord“ in den Krankenhäusern zunehmend Helfer einsetzt, die andere Verträge haben. Zum einen „importierte“ Pflegekräfte (hauptsächlich aus Mexiko), zum anderen Zeitarbeitsfirmen, die z.B. im OP unterstützen. Das heißt, in diesem Fall wäre die richtige Forderung die Einführung des Tarifvertrags für ALLE Beschäftigten, gegen die Spaltung der Belegschaft – nicht eine Vier-Tage-Woche.

Auch im Baugewerbe bzw. vielen Handwerksberufen soll die Vier-Tage-Woche ausgeweitet werden, in einigen Fällen wie Montagefahrten ist sie seit langem die Regel. Auszubildende einer Bremer Baufirma berichten, wie dort der Rahmen des erlaubten überschritten wird:

„Wir sind seit Monaten meistens wochenweise auf einer Baustelle in Seevetal bei Hamburg eingesetzt. Also sind wir auf Montage, Montag morgen hin, Freitag zurück, oft aber auch schon Donnerstagabend. Dann haben wir eine Vier-Tage-Woche, aber am Freitag ist man eh nur kaputt. Wir arbeiten oft länger als zehn Stunden am Tag, in den Abend hinein, und kommen dann auch an vier Tagen auf 45 Stunden in der Woche; das dürfen wir überhaupt nicht. Meint ihr, wir kriegen die Überstunden alle ausbezahlt oder gutgeschrieben?“

Der Grund, warum die Vier-Tage-Woche für die Herrschenden eine zunehmend wichtigere Rolle spielt, ist die Wirtschaftskrise, die sich weiter entwickelt. Viele Unternehmen müssen ihre Arbeitsweise umstellen, um effektiver zu werden bzw. den neuen Anforderungen entsprechend weiterstandhalten zu können. Und besonders müssen sie, weil es eine Überproduktionskrise ist, Arbeitskraft vernichten, um die Kosten zu senken und den Profit zu steigern (genau so, wie es bei Volkswagen während der Absatzkrise 1993 der Fall war). Sollen es nicht gleich Entlassungen sein, bieten sich Kurzarbeit oder andere Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit an – wie eine Vier-Tage-Woche. Es wird zum Beispiel mit zwei oder drei Stunden weniger in der Woche bei gleichem Monatsgehalt geworben. Doch das setzen erstens längst nicht alle um, und

wie man auch in anderen Ländern wie Belgien sieht, wo die Vier-Tage-Woche seit Ende 2022 gesetzlich verankert ist und wo die Beschäftigten ihre wöchentliche Arbeitszeit auch in vier Tagen absolvieren „dürfen“ (was fordert der Betrieb, ist die Frage), aber die Stundenzahl nur gegen Gehaltsabzug verringert werden kann, weiß von „vollen Lohnausgleich“ plötzlich niemand mehr etwas. Zweitens gleicht auch die andauernde „volle Bezahlung“ die Preissteigerungen längst nicht aus. Und in den meisten Bereichen hat es noch gar keine inflationsbezogene Lohnerhöhung gegeben, geschweige denn wurden Arbeitskämpfe dafür geführt. Und die Einführung der Vier-Tage-Woche, wenn sie als große gewerkschaftliche Errungenschaft präsentiert wird, dient natürlich auch dazu, diese Kämpfe erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Mit den oben aufgeführten Beispielen sei gezeigt, dass die Vier-Tage-Woche pauschal – ohne weitere Regelungen – keine Vorteile für die Arbeiterklasse mit sich bringt. Natürlich gibt es – wie immer, besonders in den imperialistischen Ländern, einige besser gestellte Arbeiter, für die die Maßnahmen tatsächlich mehr Entspannung und bessere „Work-Life-Balance“ bedeuten, ohne dass dafür ein Preis gezahlt werden muss. Aber für die Mehrheit bringt die Vier-Tage-Woche keinerlei Verbesserung, und sie ist in erster Linie die Forderung einiger Kapitalisten. Die Vier-Tage-Woche ist insofern – zumindest gegenwärtig – keine Forderung der Arbeiterklasse im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaftsspitzen, die diese Forderungen nun als zentralen Kampf hochhalten, sollten für ihre korporativistische Kompromissbereitschaft kritisiert und daran erinnert werden, dass ihre eigentliche Aufgabe es doch sein soll, die Arbeiter im Kampf zu vertreten und nicht die Politik der SPD umzusetzen. Insbesondere die Preissteigerungen treffen die Arbeiterklasse gegenwärtig immens, das wäre ein Thema, was man am 1. Mai hochhalten könnte – so wie es auch von Aktivisten des Roten Bundes in Bremen und Bremerhaven unter der Parole *„Gegen die Teuerungswelle und Militarismus!“* getan wurde. •

NEUES ZENTRUM ZUR AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN ESSEN



Mitten an der Frohnhauser Straße 95 – an der Schnittstelle zwischen den Essener Stadtteilen Westviertel, Frohnhausen und Altendorf – soll bis zur zweiten Jahreshälfte auf 30.000 Quadratmetern ein hochmodernes regionales Trainingszentrum für die Polizei entstehen. Nach Aussagen von NRWs Innenminister Herbert Reul soll das Trainingszentrum „neue europäische Maßstäbe“ in der polizeilichen Ausbildung setzen. Der ehemalige Essener Polizeipräsident Frank Richter spricht sogar von einem „Quantensprung“ in der Ausbildung, der mitten zwischen einigen von Essens ärmsten Arbeiterstadtteilen gebaut werden soll.

Dort wo die Polizei bereits jetzt sehr präsent ist, wird permanent aufgerüstet und ist sie schon jetzt ein allgegenwärtiges und großes Problem in dem Leben der Massen. Es sind unter anderem genau jene Viertel, in denen jetzt das Trainingszentrum gebaut werden soll, die bereits heute regelmäßig von den Bullen wortwörtlich unter Besatzung gestellt werden, in denen Hauptverkehrsadern wie die Altendorfer Straße abgeriegelt und mehrstündige Autokontrollen durchgeführt werden. Als letzten

Sommer rivalisierende Lumpenbanden aufeinander losgegangen sind, wurde der gesamte Stadtteil de facto abgeriegelt. Anstelle von den üblichen und sowieso schon aufdringlichen Streifenpolizisten wimmelte es plötzlich im ganzen Stadtteil von Sondereinsatzkommandos, Einsatzhundertschaften, Zivilspähern und sogar regelmäßiger Helikopterüberwachung. Vermummte SEK-Einheiten mit angebrachten Kameras fuhren mit Kriegswaffen im Anschlag die Straßen ab.

Aber auch „regulär“, ohne jedes Zutun durch irgendwelche Lumpen-Auseinandersetzungen, ist die alltägliche Gewalt und Schikane durch die Polizei in den Stadtteilen extrem. Die Initiative „Tode bei Polizeieinsätzen aufklären!“ hat bei Recherchen festgestellt, dass im Jahr 2022 insgesamt 36 Menschen durch und bei Polizeieinsätzen getötet wurden. Davon wurden alleine 13 Menschen in NRW von der Polizei ermordet. Dass dieser tödliche Polizeiterror auch gezielt gegen die Massen in den Essener Arbeiterstadtteilen eingesetzt wird, zeigen die Morde am aus Eritrea geflüchteten Mikael Haile am 27. April in Essen-Altenessen und am deutsch-algerischen

Arbeiter Adel am 18. Juni 2019. Überdurchschnittlich trifft die Polizeigewalt arme Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, Migranten und Arbeiter.

Ganz gezielt also baut die Polizei ihr Trainingszentrum mitten in die Viertel, in denen sie regelmäßig größere Operationen durchführt. Dieses besteht unter anderem aus drei jeweils 25 Meter langen Schießbahnen mit der Möglichkeit, Schießszenarios im 270-Grad-Kegel durchzuführen. Zusätzlich soll es einen 100 Meter langen, mit Streifenwagen befahrbaren Schießstand geben, der Schießtrainings unter Zuhilfenahme von Fahrzeugen simulieren soll. Ebenfalls werden Möglichkeiten zur Übung von Eingriffs- und Festnahmetechniken, „Amok-Lagen“ und das taktische Vorgehen geübt werden, in dem Feuergefechte mit Farbpistolen geübt werden. Um den Kampf in der städtischen Umgebung bestmöglich nachzustellen, werden eigens dafür Hotels, Gaststätten und andere städtische Gebäude nachgebaut.

Hauptsächlicher Nutzungszweck soll die Ausbildung der 3.500 Polizisten in Essen und Bochum sein. Zusätzlich sollen Spezialeinheiten aus dem ganzen Bundesgebiet und sogar dem benachbarten Ausland dort regelmäßig trainieren. Das zeigt auch auf, dass der Standort in Essen nicht zufällig gewählt wurde, sondern ganz gezielt dem strategischen Ziel der Militarisierung der Polizei dient. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es 18 Standorte von Spezialeinheiten von Polizei und Zoll. Drei davon befinden sich gleich in Essen selber. Nicht mitgezählt sind die zahlreichen Standorte der Beweis- und Festnahmeeinheiten, die ebenfalls zu den Spezialeinheiten zählen und besonders gegen Demonstrationen eingesetzt werden. Zukünftig können also alleine aus NRW die GSG9, verschiedene Sondereinsatz- und Mobile Einsatzkommandos, die mit Kriegswaffen hochgerüstete Beweis- und Festnahmeeinheit Plus und Sondereinsatz- und Observationseinheiten des Zolls realitätsnah den Häuserkampf proben, inklusive Fahrzeugen, authentischer Stadtteil-Kulisse und simulierten Feuergefechten mit Feindbeschuss.

Und dieses hochmilitarisierte Trainingszentrum wird explizit im Essener Westen und in unmittelbarer Nähe zu den proletarischen Stadtteilen Frohnhausen und Altendorf gebaut – wie die Lage dort ohnehin schon aussieht, wurde ja bereits zu Beginn geschildert. Das ist Teil des Konzepts der Aufstandsbekämpfung, nicht ohne Grund wird das Trainingszentrum als eine

Art Festung in und zwischen den Arbeitervierteln aufgebaut. Der gesamte Bau wird mit schuss sicheren Baumaterialien von beiden Seiten ausgekleidet werden und verfügt über hochmoderne Kamera- und Überwachungstechnik, und wird eine weitere Festung der Polizei im Viertel sein. Die Reaktion hat sich nicht umsonst diesen Ort für den Bau ausgesucht, man hätte schließlich auch bestimmt Platz im nicht so dicht bebauten und ebenfalls gut an Autobahnen angebundenen Essener Umland oder im reicheren Essener Süden finden können – wenn man denn nur wollte.

Interessant ist auch, wer die 30-Millionen-Euro-Festung für die Essener Polizei gebaut hat. Trotz einer europaweiten Ausschreibung ging die finale Vergabe an die Essener Thelen-Gruppe – ein Schelm, wer dabei böses denkt. Die Thelen-Gruppe ist vor allem dadurch bekannt, dass sie für den Bau des neuen Stadtteils „Essen51“ im Norden von Altendorf zuständig ist. Dieser Stadtteil, der Altendorf von der Nordseite einschließt, soll vor allem hochpreisige Immobilien und Arbeitsmöglichkeiten für Reiche bieten. Auf ihrer Website sagt die Thelen-Gruppe, dass der Bau des Regionalen Trainingszentrums ein „starkes Signal“ und „wichtiger Impuls“ für die Stadtentwicklung sei. Man kann hier also beobachten, dass Altendorf und der Essener Nordwesten immer mehr von großen Prestigeprojekten für Bonzen und Polizei umschlossen werden soll. Dazu steigen in den Essener Arbeiterstadtteilen immer mehr die Mieten. Anscheinend sollen die ärmsten und rebellischsten Teile der Massen in Essen Schritt für Schritt aus ihren Stadtteilen gedrängt und mit „sozialer Durchmischung“ und Militarisierung zwangsbefriedet werden.

Wohin man auch sieht, der deutsche Imperialismus rüstet seine Apparate auf und versucht sich in die Lage zu versetzen, sowohl im Ausland als auch im Inneren Krieg zu führen, um seine Herrschaft und Interessen durchzusetzen. Die Herrschenden wissen, dass ihr System – der Imperialismus – in einer allgemeinen Krise steckt, und können nicht mehr regieren, wie sie wollen, während wir unten nicht mehr so leben können wie vorher. Doch am Ende werden ihnen auch zehn neue Trainingszentren und all die Waffen nichts nützen, wenn wir Arbeiter vereint zusammenstehen und ihr ausbeuterisches und mörderisches System auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. •

AUSFÄLLE UND VERSPÄTUNG BEI DER RHEINTALBAHN

17 Uhr Abends. Es ist Werktag und man ist nach acht Stunden Maloche endlich mit der Arbeit fertig. Müde wartet man am Bahnhof auf seinen Zug, um damit nach Hause zu fahren. Während man wartend am Bahnsteig steht, hört man plötzlich eine Durchsage, die verkündet, dass sich der Zug aufgrund einer Streckensperrung, einer Weichenstörung oder einem anderen der allzu bekannten Ausflüchte wieder einmal verspätet. Wenig später dann die Durchsage, dass der Zug leider ganz ausfallen wird. Man bittet um Verständnis. So wird aus einer Fahrt von einer halben Stunde eine Reise von zwei Stunden und kostet einem wertvolle Lebenszeit, die man auch mit anderen Sachen hätte verbringen können.

Diese Geschichte kennen viele unserer Leser. Viele von uns haben einen Job außerhalb ihres Wohnortes und müssen zur Arbeit pendeln. Dass andauernd Züge, vor allem im Nah- und Regionalverkehr, ausfallen oder Verspätung haben, ist kein Problem, das besonders für Baden-Württemberg ist, und betrifft landesweit all jene, die mit der Deutschen Bahn fahren. In den letzten Jahren hat selbst nach den eigenen Auswertungen der Bahn die Rate von Verspätungen und Ausfällen massiv zugenommen. Besonders aber hat dies natürlich Auswirkungen auf Streckenabschnitte, die besonders hochfrequentiert sind, wie z.B. die Strecke der Rheintalbahn, d.h. die Verkehrsachse von Baden-Württemberg in die Schweiz zwischen Offenburg und Basel. Der Großteil der Strecke, zwischen Offenburg und Gundelfingen sowie zwischen Leutersberg und Weil am Rhein, gilt seit September 2008 laut der Deutschen Bahn offiziell als überlasteter Schienenweg. Kein Wunder, sie gilt als eine der meist befahrenen Streckenabschnitte Deutschlands.

Dass die Prioritäten des bürgerlichen Staates und der Deutschen Bahn, als ein Unternehmen, welches sich in seinem Besitz befindet, nicht darauf ausgerichtet ist, den Großteil der Menschen schnell und zuverlässig von A nach B zu bringen, lässt sich mit allerlei Zahlen auch für die Rheintalbahn belegen. Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit befanden sich im letzten Jahr 90.516 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Freiburg. 27.691 von ihnen mussten für ihre

Lohnarbeit in einen anderen Kreis fahren. Dafür pendelten wiederum 72.799 Menschen aus den umliegenden, von kleineren Städten und ländlichem Gebiet geprägten Kreisen zur Arbeit nach Freiburg. Kurz summiert, kann man also sagen, dass täglich mindestens 100.000 Menschen von und nach Freiburg für ihre Arbeit pendeln müssen.

Davon betroffen sind natürlich vor allem all jene, deren finanzieller Spielraum es nicht hergibt, ein Auto zu bezahlen, und die keine andere Alternative zum Regio haben. Und natürlich wandern immer mehr Jobs und immer mehr Infrastruktur vom Land in die Städte, ein Phänomen, über das man jeden Tag in der Presse lesen kann, während gleichzeitig das Wohnen in der Stadt immer und immer teurer wird – zwei Tendenzen, die die Zahl der Pendler auf absehbare Zukunft noch weiter steigen lassen werden.

Zusätzlich zu der hohen Auslastung ist ein zusätzliches Kriterium, dass es pro Richtung nur ein Gleis gibt. Das heißt, wenn irgendein Zug aufgrund irgendeines Problems Verspätung hat, stauen sich alle Züge entlang der Strecke. Regionalverkehrszüge, mit denen man zur Arbeit pendelt, müssten unter diesen Umständen natürlich auch immer wieder an Bahnhöfen und Weichen warten, damit sie von ICEs überholt werden können, sobald mal etwas nicht reibungslos und wie geplant läuft – was ja de-facto immer der Fall ist.

Aber nicht der Personenverkehr ist das eigentliche Problem auf der Strecke, sondern der Güterverkehr. Die Rheintalbahn ist, europaweit betrachtet, Teil der Strecke, die zwei der wichtigsten europäischen Häfen miteinander verbindet, nämlich Rotterdam und Genua. Zusätzlich ist es eine wichtige regionale Verbindung für das Dreiländereck, für die Versorgung der Industriezentren entlang des Rheins, und Hauptgüterverkehrsrader von Deutschland in die Schweiz (und darüber hinaus). Ein wesentlicher Grund für die Überlastung der Bahnstrecke sind also die Gütertransporte, die von der Deutschen Bahn entlang dieser Route geleitet werden.

Der Güterverkehr im Allgemeinen und über die Schienen im Besonderen spielt für den deutschen

Imperialismus eine sehr wichtige Rolle. Hierfür gibt es mehrere wichtige Gründe. Für In- und Export ist eine gute Schienenverbindung ins europäische Ausland und an alle wichtigen Häfen natürlich wichtig. Beispielsweise für die deutsche Autoindustrie oder aktuell für die Panzer- und Waffensysteme, die gerade in viele Länder verschifft werden. Zusätzlich dazu versuchen die Kapitalisten in Deutschland, die

noch mehr unter Druck geraten. Am Ende des Tages bleiben wir also wortwörtlich auf der Strecke, weil der Profit der Kapitalisten wichtiger ist als dass wir Arbeiter pünktlich nach Hause kommen.

Das bringt uns zu unserem Problem mit der völlig überlasteten Schienenstrecke der Rheintalbahn zurück. Der bürgerliche Staat ist Eigentümer der Deutschen Bahn und hat sie über die Jahre zu einem morschen und korrupten Unternehmen verkommen lassen. Das grundlegende Problem für uns ist aber, dass die deutsche Bourgeoisie sich aktiv dafür entscheidet, ihren strategisch wichtigen Interessen, die notwendig dafür sind, die Warenlogistik ihrer Wirtschaft und Profite aufrechtzuerhalten, über die Mobilität der Arbeiter stellt. Kurz gesagt, es ist für den deutschen Imperialismus wichtiger, seine Wirtschaftsleistung zu garantieren, und kein großer Verlust, wenn das Volk dafür zwei Stunden länger am Bahnsteig warten muss.



Aus dieser Perspektive ein Sinnbild für den Verkehr auf der Rheintalbahn

Lieferketten zu verkürzen und die Produktion in EU-Ländern zu konzentrieren. Ein weiterer Aspekt ist, dass Deutschland mitten in Europa liegt und somit zwangsweise die Waren anderer Länder über und durch Deutschland transportiert werden müssen. Für den deutschen Imperialismus ein lukratives Geschäft und von politischer Tragweite, was ebenfalls zur Grundvoraussetzung hat, den Güterverkehr entscheidend zu priorisieren.

Im Zuge dessen gibt es seit letzten Sommer eine Rechtsverordnung der Bundesregierung in Bezug auf den bundesweiten Güterverkehr, die für zwei weitere Jahre verlängert wurde. Die Rechtsverordnung erklärt, dass Güterzügen mit Kohle, Gas und Mineralöl ein Vorzug gegenüber dem Personenverkehr sowie gegenüber dem restlichen Güterverkehr garantiert wird. Die Argumentation der Bundesregierung für die Sonderregelung für Kohle, Gas und Mineralölgüter ist die Sicherstellung der Energieversorgung. Diese Versorgungssicherheit gilt erster Linie für die Betriebe der Kapitalisten. Das führt in der Realität natürlich dazu, dass die sowieso schon komplett überlasteten Bahnstrecken, welche zusätzlich in ganz Deutschland mit sehr viel Verspätungen und Ausfällen zu kämpfen haben,

Fassen wir also zusammen. Die Deutsche Bahn spart ihr Streckennetz kaputt, gleichzeitig soll dieses aber genutzt werden, um große Mengen an Arbeitern und vor allem an Gütern durch die Gegend zu transportieren und den deutschen Imperialisten dadurch mehr Macht und Geld einzubringen. Währenddessen müssen wir deshalb auf unsere verspäteten Züge warten, obwohl die Deutsche Bahn trotzdem weiter ihre Ticketpreise erhöht und uns so unser Geld aus den Taschen zieht. Dadurch wird auch der ohnehin schon vorhandene Widerspruch zwischen Stadt und Land zum Nachteil der ländlichen Bevölkerung weiter verschärft. Was wir dagegen aber brauchen, ist eine gut funktionierende Bahninfrastruktur, die den Zweck erfüllt, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Das bedeutet einen kostenlosen und modernen Nahverkehr für uns, die nicht mit dem Auto oder dem Fahrrad zu Arbeit kommen, sodass auf die Zeit, die wir arbeiten und sowieso schon hin und zurück brauchen, nicht noch ein oder zwei Stunden Verspätung oben drauf kommen, nur weil es die Wirtschaftsinteressen des deutschen Imperialismus gerade verlangen. •

UNSERE VIERTEL SIND KEINE LUMPENGHETTOS – FILMKRITIK ZU „SONNE UND BETON“

Kinotechnisch ist dieses Jahr bis jetzt nicht viel Interessantes veröffentlicht worden. Neben den üblichen Marvel-Superheldenfilmen und anderen 08/15-Produktionen wie der gefühlt tausendsten „Fast and the Furious“-Verfilmung, gab es nicht wirklich etwas Substanzielles auf den Leinwänden. Einer der wenigen Filme, die etwas herausstechen, ist der Coming-of-Age Film „Sonne und Beton“.

Der Film basiert auf dem gleichnamigen Roman des bekannten Comedian und Podcaster Felix Lobrecht. In „Sonne und Beton“ geht es um einen vierköpfigen Jugendfreundeskreis rund um den Protagonisten Lukas, der gemeinsam Anfang der 2000er im Neuköllner Arbeiterviertel Gropiusstadt in Berlin aufwächst. Der Film wurde erstmals Ende Februar auf der Berlinale vorgestellt, unter anderem vor der ehemaligen Berliner Bürgermeisterin Franziska Giffey selber. Eine gewisse zusätzliche Popularität hat der Film, weil viele zumindest unter Jugendlichen einigermaßen bekannte Rapper wie Juju44 und Luvre47 mitspielen, die selber aus Berlin-Neukölln kommen und somit der Kulisse des Films eine gewisse Authentizität verleihen.

Das spannende an „Sonne und Beton“ ist, dass der Film sich zum Thema nimmt, aufzuzeigen, wie es ist, als Jugendlicher in einem Arbeiterviertel in einer Großstadt aufzuwachsen. Eine Sache, die viele von uns nachempfinden können. Dabei thematisiert der Film viele Probleme, die tatsächlich zum Alltag unserer Klasse gehören. Die Freunde von Lukas leiden wahlweise mal unter gewalttätigen Vätern, die ihre Mütter patriarchal zurichten, mal sind die Eltern gar nicht da, wie bei Julius, der bei seinen drogenabhängigen Brüdern groß wird, die ebenfalls gewalttätig sind. Fast alle leben in zu kleinen Wohnungen in dreckigen und heruntergekommenen Hochhäusern, weil der Witwer-Vater wie bei Lukas entweder keinen Job findet oder im Fall von Sanchez sich die Mutter komplett abrackert, aber es eben nicht für mehr reicht. Dementsprechend frustriert und verbittert sind die Jungs zeitweise.

Doch der Film schafft es nicht, über diese allgemeine Atmosphäre des grauen Alltags in unseren Vierteln

zu kommen, er bleibt einseitig und beschreibt die Probleme nur auf einer Individualebene. Alle im Viertel haben zwar ähnliche Probleme, doch am Ende ist sich jeder der Nächste und muss gucken, wie er durchkommt. Schon kurz nach Filmanfang werden Lukas und seine Freunde ohne Grund von Lumpen angegriffen und geraten zwischen die Fronten von zwei Dealerbanden. Lukas soll plötzlich für geklautes Geld aufkommen und innerhalb kürzester Zeit 500 Euro besorgen. Mit blutigem Gesicht zu Hause angekommen, hat sein Vater nur Vorwürfe für ihn übrig und rät ihm *„der Klügere gibt nach“*. Sein älterer Bruder Marco, der selber in kriminelle Geschäfte involviert ist, sagt ihm stattdessen *„der Klügere tritt nach“*.

Im weiteren Verlauf der Handlung werden Lukas und seine Freunde aus einer Mischung von Geldnöten, Langeweile und Perspektivlosigkeit selber kriminell. Als ihre Schule nigelnagelneue Computer bekommt, wird so etwa schnell der Plan geschmiedet, in die Schule einzubrechen und die neuen PCs zu Geld zu machen. Das Problem mit Lobrechts Version unserer Arbeiterviertel sind aber nicht die Themen, die behandelt werden, sondern wie sie behandelt werden und wie die Arbeiterklasse dabei porträtiert wird. Das gesamte Viertel und vor allem die migrantische Jugend werden fast durchgehend als lumpiger, dummer, brutaler und fortschrittsfeindlicher Haufen dargestellt, der jede Chance auf Bildung und ein besseres Leben mit Füßen tritt. Das Arbeiterviertel wird praktisch als Dschungel gezeigt, wo hinter jeder Ecke jemand mit einem Messer um die Ecke lauert, um einen um seine Schuhe oder Geld zu bringen. Man darf und kann niemandem vertrauen, sondern muss selber so egoistisch wie möglich und auf seinen eigenen Vorteil bedacht sein.

Doch das ist nicht die Realität unserer Klasse, sondern betrachtet uns abfällig von oben herab, hat nichts mit unserer eigenen Sichtweise auf unsere Nachbarn und Freunde zu tun und nimmt einen uns verachtenden bürgerlichen Klassenstandpunkt ein. Natürlich gibt es Probleme mit kriminellen Lumpen in unseren Vierteln, die das Volk und vor allem die Jugend mit Drogen vergiften, Kleinladenbesitzer mit Schutzgeld

erpressen und ihre Macht durch reaktionäre Gewalt an Unschuldigen aufrechterhalten. Natürlich gibt es auch eine Menge häusliche Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, und auch unter Jugendlichen existiert gegenseitige Gewalt und Missbrauch.

Das ist aber weder flächendeckend, noch zieht sich das komplett durch unsere Klasse. Unsere Klasse wird komplett als fortschrittsfeindlich und degeneriert dargestellt, was in keiner Art und Weise der Realität entspricht und die Vorurteile der Spießer sind. Was sich hingegen wirklich flächendeckend durch die Arbeiterviertel zieht und diese Probleme erst möglich macht und erzeugt – die Ausbeutung und die Unterdrückung, die der Imperialismus uns aufzwingt – wird nicht richtig thematisiert. Der Alltag in unseren Vierteln ist nicht, dass die Mehrheit aus Kriminellen besteht. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Menschen in den Arbeitervierteln besteht aus sehr hart arbeitenden Menschen, die die schlechtbezahltesten und schwersten Jobs machen müssen, um ihre Familien und sich selber zu ernähren. Wer durch die Straßen seines Viertels geht, soll einfach mal die Anzahl der geparkten weißen Lieferwagen zählen, in denen Tausende von Arbeitern für Subsub-Unternehmer im Auftrag von Amazon und Co. für Mindestlohn oder weniger 10-Stunden-Schichten schieben müssen.

Die Grundlage und der Nährboden, warum sich Menschen aus unserer Klasse mit Drogen betäuben und ein Verhalten an den Tag legen, welches nicht dem kleinbürgerlichem Ideal entspricht, sind nicht eine „böse Natur des Pöbels“. Sondern vielmehr Arbeitslosigkeit und Armut trotz Vollzeitjobs, unterfinanzierte Schulen, die nur darauf ausgerichtet sind, uns zu braven Lohnsklaven zu erziehen, fehlende und nicht-bezahlbare Freizeitangebote, zunehmende Verdrängung aufgrund steigender Mieten und rassistische Polizeigewalt. Das und der Einfluss von Lumpenkultur und bürgerlicher Propagandahetze sind die Faktoren, die dazu führen, dass Teile unserer Klasse in den Arbeitervierteln vor sich hindegenerieren. In dieser Hinsicht ist der Film genau ein Beispiel davon, wie diese Hetze in der Realität aussieht: Der Film gibt sich Mühe, sich als authentisch darzustellen, und schafft so natürlich Interesse, vor allem unter Jugendlichen, aber zeigt eine „Realität“, die so überhaupt nicht besteht.

Denn was im Film gar nicht behandelt wird, ist zum Beispiel die täglich gelebte proletarische Solidarität untereinander. Gerade, weil wir viele Probleme und

wenig Mittel haben, halten wir hier zusammen. Wenn ein ein Freund kein Geld mehr hat, um Essen oder Schulbücher zu bezahlen, dann hilft man ihm mit etwas Geld bis zum Ende des Monats aus. Wenn man sich seinen Umzug nicht leisten kann, dann packen eben Arbeitskollegen, Freunde und Familie an. Unsere Viertel sind davon geprägt, dass wir im Sommer zum Grillen und Fußball spielen in den Parks und auf den Plätzen zusammenkommen. Wenn ein Nachbar von uns von der Polizei verprügelt oder sogar erschossen wird, dann gehen wir gemeinsam auf die Straße und fordern Gerechtigkeit. Verliert jemand von uns seine Arbeit oder kann sich dank Reallohnverlust seine Miete nicht mehr leisten, versuchen wir, ihn oder sie weiter zu vermitteln oder schwarz bei Familie und Bekannten unterzubringen. Man braucht sich einfach nur die Solidarität im Zuge des Erdbebens in der Türkei, Nordsyrien und Kurdistan ansehen, wo das Volk innerhalb von wenigen Tagen Tonnen an Lebensmitteln, Klamotten und Hilfe selbständig organisiert hat.

Das ist der wahre Charakter unserer Klasse, wir stehen zusammen und stellen uns gemeinsam den Problemen, die wir haben, weil wir als Arbeiter und Arbeiterinnen von diesem imperialistischen System ausgebeutet und unterdrückt werden. Was wir brauchen, ist keine Kultur, die uns erzählt, dass wir an unserer Lage nichts ändern können und sowieso unverbesserliche Schmarotzer sind. Im Gegenteil, wir müssen unsere Klassensolidarität noch weiter ausbauen und vor allem organisieren. Wir brauchen mehr proletarische Solidarität untereinander, um in Zukunft noch besser gegen unsere Probleme kämpfen zu können. •



Sind sich einig, dass „der Pöbel“ eine Gefahr für die Gesellschaft ist: Giffey und Lobrecht

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM JUNI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

19. JUNI: TAG DES HELDENTUMS

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Aktivitäten am 1. Mai in Berlin, Braunschweig, Bremerhaven, Bremen, Essen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Köln und Leipzig mit Beteiligung von Aktivisten des Roten Bundes am 1. Mai

Quelle: demvolkedienern.org

ROTE POST

